

# **WEED**

## **Rechenschaftsbericht**

### **2013**



**weed**

**Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung**  
**World Economy, Ecology & Development**

# Inhalt

1. WEED im Jahr 2013 .....	2
2. Internationales Finanzsystem und Steuern .....	3
3. Internationale Handels- und Investitionspolitik .....	6
4. Nachhaltige Produktion und öffentliche Beschaffung .....	7
5. Netzwerke und Bündnisse .....	8
6. Finanzen .....	9
6.1 Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung .....	9
6.2 Einnahmen nach Zuschussgebern .....	9
7. Mitgliederentwicklung .....	10
8. Vorstand und Mitarbeiter/innen .....	10

## Impressum:

WEED – Rechenschaftsbericht 2013

Herausgeber:

Weltwirtschaft, Ökologie  
& Entwicklung - WEED e.V.

Eldenaer Str. 60

D-10247 Berlin

Tel.: +49 - (0)30 - 27 58 - 21 63

Fax: +49 - (0)30 - 27 59 - 69 28

weed@weed-online.org

www.weed-online.org

Berlin, Mai 2014

## 1. WEED im Jahr 2013

Liebe Mitglieder,

liebe Freundinnen und Freunde von WEED,

Mit dem Jahresbericht legen wir wieder Rechenschaft über unsere Arbeit im vergangenen Jahr ab. Die Schwerpunkte der politischen Arbeit in den Hauptarbeitsfeldern werden von den verantwortlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen auf den folgenden Seiten dargestellt. Der Finanzbericht fasst die wichtigsten Daten des Jahresabschlusses 2013 zusammen. Damit machen wir transparent, wo unsere Finanzmittel herkommen und wofür wir sie ausgeben.

Auch 2013 hat WEED sich auf seinen Arbeitsfeldern als wichtiger Akteur der deutschen und europäischen Zivilgesellschaft behauptet. Nach wie vor ist WEED die einzige deutsche NGO, die die wichtigsten Entwicklungen auf den Finanzmärkten und deren Regulierung unter einer systemischen Perspektive kritisch begleitet.

Daneben sind wir bei einigen politisch brisanten Einzelthemen auch aktiv – und oft an führender Stelle – an zivilgesellschaftlichen Kampagnen beteiligt, so bei der Finanztransaktionssteuer, bei Nahrungsmittelspekulation und bei Steuerflucht. Allerdings zeichnet sich ab, dass das Finanzmarktthema an politischer Dynamik verliert. Politik und Medien erliegen der Illusion, die Krise sei gelöst. Und das strahlt dann auch in gewissem Maße auf die Zivilgesellschaft und auf Geldgeber aus. Tatsächlich blähen sich gegenwärtig neue Blasen auf und der nächste Crash kommt bestimmt. Die Herausforderung in der nächsten Zeit wird sein, die Erfahrungen und Expertise, die in den zurückliegenden Jahren akkumuliert wurden, auch im politischen Konjunkturabschwung zu bewahren, um dann auf eine erneute Zuspitzung angemessen reagieren zu können.

Auch das Thema faire Beschaffung bleibt aktuell und relevant. Insbesondere bei nachhaltiger Beschaffung ist es uns gelungen, zu einer wichtigen Stimme der Zivilgesellschaft zu werden. Zugleich stärkt dies die ökologische Dimension unserer Arbeit. Mit der Einstellung einer weiteren hauptamtlichen Kraft, Juliane Kühnrich, wurde dieser Politikbereich ausgebaut.

Hatten wir noch vergangenes Jahr konstatiert, dass es mit der Krise der WTO und der multilateralen Handelspolitik für die Zivilgesellschaft schwerer wird, mit ihrem Anliegen über ein Fachpublikum hinaus durchzudringen, so hat sich mit dem Transatlantischen Investitions- und Handelsabkommen (TTIP) das Blatt gewendet. Es zeichnet sich eine der größten zivilgesellschaftlichen Kampagnen zu diesem Thema ab, und zumindest Teilerfolge liegen im Bereich des Möglichen. WEED ist über das Thema Finanzdienstleistungen im TTIP in die Kampagne involviert.

Die Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement sind in ständigem Fluss. Daher ist eine strategische Reflexion unserer Arbeit als permanente Aufgabe und als work in progress notwendig. Der Vorstand hat diese Diskussion begonnen und wird sie – zusammen mit den Mitarbeitern – kontinuierlich weiterführen.

Außerdem ist ein Personalwechsel in der Verwaltung reibungslos vollzogen worden. Seit Sommer 2013 managt Jörn-Uwe Schulz Finanzen, Verwaltung und Geschäftsstelle. Auch der Generationenwechsel unter den Hauptamtlichen wurde problemlos vollzogen.

Eine Organisation wie WEED ist neben der Unterstützung durch Mitglieder und Freunde auf das Engagement ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen. Ich möchte mich daher im Namen des Vorstands bei allen für ihre hervorragende Arbeit, und ihr Engagement bedanken.

Es ist 2013 gelungen, einen fast ausgeglichenen Abschluss vorzulegen.

Ich möchte mich bei allen Mitgliedern, Spenderinnen und Spendern, Unterstützern und Unterstützerinnen für ihre politische, ideelle und finanzielle Unterstützung herzlich bedanken. Bedanken möchte ich mich auch bei den anderen Vorstandsmitgliedern und dem Kassenprüfer für ihr ehrenamtliches Engagement.



Peter Wahl (Vorsitzender)

## 2. Internationales Finanzsystem und Steuern

Die soziale Krise in den hoch verschuldeten Euroländern hat sich im Jahr 2013 noch einmal dramatisch verschärft. Momentan wird immer klarer, dass es ohne einen erneuten Schuldenschnitt für Griechenland und eine Abkehr von der Austeritätspolitik nicht gehen wird. Doch auch Staaten wie Italien und Spanien haben krasse Wohlstandseinbußen und große soziale Probleme.

Die offizielle Politik wird dennoch nicht müde, von einem Ende der Krise zu reden. Das Absinken der Anleihezinsen seit Draghis berühmter Rede vom Juli 2012 wird bejubelt, während man die weiterhin bestehenden riesigen Probleme in vielen Bankbilanzen von EU-Banken und diversen Bad Banks unter den Teppich kehrt.

Der Druck, weitere Finanzreformen anzugehen, hat weiter nachgelassen, das berichten auch unsere Gesprächspartner in den Ministerien. In Deutschland ist von der großen Koalition nicht zu erwarten, dass Sie noch wesentliche Reformen voranbringen oder gar die echten Probleme wie bei der Deutschen Bank angehen würde. Die Forderung nach einer Vermögenssteuer oder einer Vermögensabgabe, die im Vorfeld der Wahl vom Bündnis „Umfairteilen“ erhoben worden war, wurde in den Koalitionsverhandlungen kassiert.

In vielen Entwicklungsländern sieht die Situation allerdings besser aus als vor ein paar Jahren, vor allem wegen der weiterhin stagnierenden oder sinkenden Preise für Nahrungsmittel und dem anhaltenden Rohstoffboom.

### 2.1. Finanzreformen in EU und G20

WEED verfolgte weiterhin die Finanzreformen auf nationaler, europäischer und globaler Ebene. 2013 und Anfang 2014 wurden wichtige Reformen abgeschlossen, vor allem kurz vor der Neuwahl des Europäischen Parlaments. Das neue Parlament wird immer noch eine lange offene Liste an Reformen haben, u.a. Bankenstruktur und Schattenbanken.

Die G20 als ein noch immer zentraler Ort internationaler Finanzpolitik wurde von WEED kritisch begleitet. Gemeinsam mit Brot für die Welt waren wir führend in der Arbeitsgruppe „Globale Finanzarchitektur“ im Rahmen des „Civil 20“ (C20). Dieser C20 wurde von Russland erstmals offiziell ausgerichtet. Von Anfang an war klar, dass dieses Angebot – nicht nur, aber besonders von russischer Seite – mit Vorsicht zu genießen war. So ereignete sich der offizielle C20-Gipfel im Juni 2013 in

Moskau kurz nach massenhaften Hausdurchsuchungen von Nichtregierungsorganisationen als Folge des sogenannten Agentengesetzes, das ausländische Förderungen von Organisationen – wie WEED sie auch hat – kontrollieren und stigmatisieren soll. Auch die Arbeit in der Arbeitsgruppe und das Verfassen der offiziellen „Note to the Leaders“ war begleitet von teils offenen und teils subtilen Hindernissen und wurde offiziell letztlich kaum zur Kenntnis genommen. Unter anderem wurde unserer Arbeitsgruppe ein Wirtschaftsvertreter als Vertreter der Zivilgesellschaft beigeordnet – obwohl es mit dem „Business20“ parallel einen eigenen Prozess für die Wirtschaft gibt. Die Ausarbeitung der „Note“ am C20-Gipfel lief intransparent ab und führte beinahe zu einem Ausstieg der Zivilgesellschaft aus dem Prozess. Entsprechend waren am Ende die Meinungen gespalten, ob die Beteiligung an dem C20-Prozess überhaupt richtig war.

### 2.2 Nahrungsmittelspekulation: Erfolge, Stagnation und Debatten

Die Reform der Finanzmarkt-Richtlinie MiFID kam Anfang 2014 nach jahrelanger Debatte zu einem Ende. Wie gut dieses ist, hängt zum Teil auch noch an der Umsetzung, doch man kann jetzt schon sagen, dass es Licht und Schatten gibt. Das Bündnis „Mit Essen spielt man nicht“, in dem WEED stark mitgearbeitet hatte, konnte nur einen Teil seiner Forderungen erreichen.

Positiv ist die Einführung eines wöchentlichen Handelsberichts aller Rohstoffterminbörsen. Allerdings wird dieser nur von den Börsen selbst veröffentlicht, nicht wie in den USA von Behörden. Dies erleichtert Manipulation und verschlechtert die Vergleichbarkeit der Daten. Ein relativ großer Erfolg ist die Einführung von klaren Handelsgrenzen für Rohstoffspekulanten (Positionslimits). Sie waren so klar nicht im Entwurf der Kommission enthalten und wurden im Lauf der Verhandlungen immer wieder von Regierungen und Parlamentariern infrage gestellt. Selbst die Details sind teils positiv gestaltet. Aber leider konnten sich die Gegner der Limits auch teils durchsetzen, vor allem verhinderten sie eine EU-weite Festlegung der Limits. Bei der Aufsicht gibt es zwar die Möglichkeit, präventiv einzugreifen und Rohstoffmärkte sollen besondere Aufmerksamkeit bekommen. Allerdings kam es nicht zur Schaffung einer speziellen Behörde wie in den USA. Völlig fehlen Verbote für Rohstofffinanzprodukte. Zwar wurden diese von mehreren Parteien im Parlament gefordert, doch am Ende spielte diese Forderung keine Rolle mehr.

WEED war auch 2013 intensiv an der politischen

und inhaltlichen Arbeit zu diesem Thema beteiligt. Viel davon lief über das Bündnis „Mit Essen spielt man nicht“, wo 12 Organisationen vereint sind, darunter die Welthungerhilfe, Oxfam, die Katholische Arbeitnehmerbewegung und Misereor und die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten. Auf EU-Ebene gab es eine Zusammenarbeit u.a. mit dem World Development Movement, Friends of the Earth und Finance Watch.

### 2.3 Schattenfinanzplätze, Steuerflucht und Geldwäsche: Fortschritte auf dem Papier

Die Besteuerung internationaler Konzerne – oder besser gesagt: deren Nicht-Besteuerung aufgrund von Steuervermeidungstricks – war 2013 politisch hoch auf der Agenda. Die G20 beschlossen im September 2013 einen von der OECD ausgearbeiteten Aktionsplan zu dem Thema unter dem Stichwort „Base Erosion and Profit Shifting“, der bis 2015 konkretisiert werden soll. Die EU-Kommission schlug auch erste Änderungen an ihren Unternehmenssteuergesetzen fest, die allerdings wenig ambitioniert sind und sogar Anfang 2014 im Rat blockiert wurden. Nichts soll geändert werden an der Grundlogik des freien Kapitalverkehrs mit entsprechend zerstörerischen Wettbewerbswirkungen für die Steuersätze in der EU. Die Bundesregierung ergriff auch einige Maßnahmen gegen besonders krasse Steuersparmodelle und stellte im Mai 2013 eine neue Verhandlungsgrundlage für ihre Doppelbesteuerungsabkommen vor, die jetzt auch immer doppelte Nicht-Besteuerung verhindern sollen. Das ist positiv, aber die Interessen von Entwicklungsländern werden zugleich offen missachtet, z.B. wenn es um Quellensteuern geht.

Auch die Bekämpfung der Steuerflucht von Privatpersonen schritt voran. 2013 unterstützten die G20 erstmals den automatischen Informationsaustausch zwischen Steuerbehörden als neuen internationalen Standard, der nun von der OECD entwickelt wird. Auch wenn die effektive Beteiligung von Entwicklungsländern an diesem Austausch noch offen ist, ist die Anerkennung einer langjährigen Forderung der Zivilgesellschaft durch die Politik ein Erfolg.

WEED intensivierte 2013 seine Arbeit zu Steueroasen und Schattenfinanzplätzen, vor allem im Netzwerk Steuergerechtigkeit. WEED arbeitet auch mit zwei Kampagnen zu Steuerflucht, eine zu Steuerflucht allgemein u.a. mit Campact und einer ver.di-Fachgruppe und eine noch laufende mit Attac zu Unternehmenssteuerflucht. Höhepunkt der Arbeit war 2013 die Veröffentlichung des Reports „Schattenfinanzzentrum Deutschland“ mit Misereor, Global Policy Forum, Tax Justice Network und Netzwerk Steuergerechtigkeit. Durch eine Veröf-

### Veranstaltungen / Aktionen (mit Partnern)

- Kongress: Umverteilen. Macht. Gerechtigkeit, 24.-26.05.13, Berlin
- Konferenz: Zukunft der Besteuerung internationaler Konzerne – Konzepte für eine gerechtere Steuerpolitik, 19.06.13, Berlin
- Demonstration Umfairteilen, 14.09.13, Berlin
- Demonstration gegen Nahrungsmittelspekulation, 15.10.13, Berlin
- Conference: The International Financial System and the Global Power Shift Five Years after Lehman Brothers, 13-15.11.13, Brüssel
- Fachgespräch: Die Europäische Bankenunion – Weg aus der Krise?, 21.03.13, Berlin
- Unterschriftensammlungen:
  - 240.000 gegen Nahrungsmittelspekulation
  - 81.563 gegen Steuerflucht
  - Das gefährlichste Finanzprodukt Europas

### Größere Publikationen und Artikel

- Sechs Newsletter „EU-Finanzreform“
- Hintergrundpapiere:
  - Kommentar zum Literaturüberblick zu Agrarspekulation
  - Ratingregulierung geht in die 3. Runde – Die neue EU-Ratingverordnung
  - "Faule Griechen" oder deutsches Lohndumping?
  - Tax Havens and the Taxation of Transnational Corporations
  - Steuervermeidung von Konzernen (Info Steuergerechtigkeit)
  - Schattenfinanzzentrum Deutschland
- Filme:
  - Ratingagenturen
  - Banken trennen, Kasinos schließen
  - Schattenbanken
- Infoblätter:
  - Bankenunion
  - Hochfrequenzhandel
  - Geldwäsche und EU-Geldwäscherichtlinie
- Teilnahme an Bundestagsanhörungen:
  - Hochfrequenzhandel, 16.01.13
  - Steuergestaltungen, 20.03.13
  - Bankentrennung, 22.04.13

fentlichung gemeinsam mit dem neuen Schattenfinanzindex des Tax Justice Network erreichten wir maximale Aufmerksamkeit und das Thema wurde in praktisch allen Massenzeitungen und der ARD

aufgegriffen. Der Bericht zeigt Defizite insbesondere bei der Geldwäschebekämpfung und – geringere – beim Thema Steuern. Auch wird klar, dass Deutschland bei seinen Steuerabkommen mit Entwicklungsländern deren Interessen nicht ausreichend berücksichtigt. Unsere Forderungen fanden auch gleich ein Echo in den Koalitionsverhandlungen und wurden zumindest teilweise im Koalitionsvertrag berücksichtigt.

Eng verknüpft mit Steuer- und Kapitalflucht aus Entwicklungsländern ist das Thema Geldwäsche, also das Reinwaschen von kriminellen Geldern über das Finanz- und Wirtschaftssystem. Seit 2013 läuft die Überarbeitung der EU-Antigeldwäsche-Richtlinie. Neben wichtigen Änderungen zu politisch exponierten Personen spielt vor allem die Einführung von besseren Regeln zur „wirtschaftlichen Berechtigung“ eine Rolle. Dieser juristische Fachbegriff umfasst die Nutznießer, Eigentümer/innen und Kontrolleure von Konten, Firmen, Stiftung, Trusts und anderen Rechtseinheiten. Zusammen mit anderen Organisationen streitet WEED momentan dafür, dass es zur Einführung eines öffentlichen, zentralen Registers für alle wirtschaftlich Berechtigten kommt. Ein erster Erfolg war, dass das Europäische Parlament Anfang 2014 sich für dieses Register ausgesprochen hat – jetzt muss vor allem noch die deutsche Regierung dazu gebracht werden, der Idee zuzustimmen.

#### 2.4 Durchbruch bei Finanztransaktionssteuer

Seit dem G20-Gipfel in Pittsburgh ist WEED an führender Stelle an der starken deutschen und europäischen Kampagne beteiligt. So ist WEED u.a. im Lenkungskreis der deutschen Kampagne *Steuer gegen Armut* vertreten.

Nachdem es nicht gelungen war, alle EU-Staaten hinter den Gesetzesentwurf der EU-Kommission vom September 2011 zu bringen, wird die Steuer jetzt im Rahmen der „Verstärkten Zusammenarbeit“ von elf EU-Mitgliedsländern verhandelt. Dabei hat die Bundesregierung eine durchaus vorwärtstreibende Rolle gespielt. Durch das Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag steht nun sowohl die Große Koalition als auch die Opposition geschlossen hinter einer FTT mit breiter Steuerbasis, die alle Finanzinstrumente einschließt und wirksamen Maßnahmen gegen Umgehung vorsieht.

Allerdings ist der Widerstand der Finanzlobby und einiger Mitgliedsstaaten wie z.B. Großbritannien und Luxemburg nach wie vor massiv. London hat sogar beim Europäischen Gerichtshof eine Klage eingereicht, die inzwischen allerdings abgewiesen wurde. Als neue Schwierigkeit hat sich herausge-

stellt, dass die französische Regierung unter dem Druck ihrer Finanzindustrie Ausnahmen bei der Besteuerung von Derivaten fordert, die zu einer beträchtlichen Verwässerung des ursprünglichen Konzepts führten würde. Von daher ist davon auszugehen, dass in den nächsten Monaten ein Kompromiss ausgehandelt wird, der irgendwo zwischen der französischen und der deutschen Position liegen wird. Eine abschließende Beschlussfassung ist für 2014 angekündigt. Die Steuer wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit kommen, allerdings wird sich die Idealvorstellung nicht realisieren. Das das Umsetzungsverfahren in nationales Recht dann noch einmal bis zu einem Jahr dauern kann, ist ab 2016 mit den ersten Einnahmen zu rechnen. Das bedeutet, dass auch weiterhin Druck von unten nötig ist, um weitere Verwässerungen zu verhindern. Zudem wird nun die Auseinandersetzung um die Verwendung der Einnahmen stärker werden. Wenn ein nennenswerter Teil in Umwelt- und Entwicklungsfinanzierung fließen soll, wird das nicht im Selbstlauf geschehen.

#### 2.5 Netzwerkarbeit und Gespräche

Aus dem Fachbereich gab es eine ganze Reihe an Publikationen und Artikeln zu Einzelthemen. Insgesamt gab es neun Presseerklärungen, 24 Beiträge oder Zitate in Zeitungen, Internetportalen und Radio, darunter ARD-Tagesschau und ZDF-Heute sowie 73 Vorträge und Teilnahmen an Podiumsdiskussionen unter anderem in Paris, Basel, Wien und Moskau mit rund 6.000 Teilnehmern/innen.

WEED ist – neben den erwähnten Kooperationen – aktives Mitglied des europäischen Netzwerks zur FTT, *AG Internationale Finanzarchitektur* von VENRO, bei EURODAD und bei der Erlassjahrkampagne. Darüber hinaus war WEED am Trialog (Banken, Politik, Zivilgesellschaft) der *Viadrina-Humboldt Universität* unter Leitung der einstigen Präsidentschaftskandidatin Gesine Schwan.

Auch im Kontakt mit der Politik konnte WEED seine erfolgreiche Arbeit aus den Vorjahren fortsetzen. So nahm WEED an mehreren Gesprächen im Kanzleramt, den Ministerien für Entwicklungszusammenarbeit, Landwirtschaft und Finanzen teil. Auch gab es Gespräche mit Abgeordneten von CSU, Grünen, Linkspartei und SPD, sowohl auf deutscher als auch auf europäischer Ebene.

**Verantwortlich:** Markus Henn, Peter Wahl

## 3. Internationale Handels- und Investitionspolitik

### 3.1. WTO

Die Welthandelsorganisation WTO erzielte Ende 2013 in Bali einen für viele Beobachter überraschenden Verhandlungserfolg bei der seit 2001 laufenden Doha-Verhandlungsrunde. Allerdings wurde dieser erkauft durch eine starke Reduzierung der Agenda. Am Ende gab es vor allem einen Streit um Unterstützungskäufe im Agrarsektor, Indien bekam schließlich eine eng begrenzte Ausnahme für seine Käufe. Die Schwierigkeiten, diese zu erlangen, und der Umstand, dass Indien die einzige Ausnahme bildet, zeigen, wie entwicklungslandfeindlich die WTO bzw. die westlichen Industriestaaten darin auch heute noch agieren. Trotz dieser kleinen Wiederbelebung der WTO ist der globale Trend zu bilateralen und multilateralen Handelsabkommen als Gegenmodell zur WTO ungebrochen.

### 3.2 EU-Verhandlungen: TTIP, CETA, TiSA

Die EU hat dabei momentan zwei Hauptprojekte: Da ist zum einen das schon sehr weit verhandelte Abkommen mit Kanada „Comprehensive Economic and Trade Agreement“ (CETA). Zum anderen starteten 2013 die Verhandlungen mit den USA über eine „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP). Beide Abkommen sollen sicherstellen, dass die EU nicht gegenüber der Konkurrenz an Boden verliert. Die TTIP ist dabei eine Reaktion auf die Verhandlungen der USA mit Asien („Transpacific Partnership“). In allen Abkommen sollen die Märkte für EU-Konzerne geöffnet werden. Auch soll der transatlantische Wirtschaftsraum gegenüber Schwellen- und Entwicklungsländern gestärkt werden, z.B. durch die Setzung von Standards, die dann von allen Staaten übernommen werden müssen. Ebenfalls gestartet sind 2013 die Verhandlungen über ein multilaterales Dienstleistungsabkommen („Trade in Services Agreement“, TiSA). Über 20 Staaten wollen damit Dienstleistungen noch das GATS-Abkommen der WTO hinaus liberalisieren.

Doch auch mit Entwicklungs- und Schwellenländern verfolgt die EU offensiv bilaterale Abkommen. Im Frühjahr 2013 kam das Abkommen mit Peru und Kolumbien zur Abstimmung in den Bundesrat. Ein breites Bündnis warb für eine Ablehnung und es fehlte auch nicht viel – am Ende nahm der Bundesrat das Abkommen aber an. Die handels- und investitionspolitischen Strategien dieses Abkommens und anderer bergen erhebliche entwicklungs- und umweltpolitische Gefahren.

### Größere Publikationen und Artikel

- Hintergrundpapier: Alternativen aus dem globalen Süden zur EU-Rohstoff- und Handelspolitik
- Erklärung: EU-Kanada-Abkommen darf Konzernrechte nicht über alles stellen
- Landkarte des gerechten Handels
- Offener Brief: EU-Peru/Kolumbien-Abkommen: Bundesrat soll es ablehnen
- Positionspapier: "TTIP" - Nein danke! Transatlantische Partnerschaft geht anders
- Stellungnahme zum multilateralem Dienstleistungsabkommen (TiSA)
- Erklärung: Stop the Corporate Giveaway! A transatlantic plea for sanity in the EU-Canada CETA negotiations
- Trade: time for a new vision - The alternative Trade Mandate
- Infoblatt: Finanzdienstleistungen im geplanten EU-US-Handelsabkommen TTIP

### 3.3 WEED-Arbeit

WEED kann sich aufgrund der Ressourcen zwar nicht so stark wie früher im Handelsbereich engagieren und hatte 2013 auch kein reines Handelsprojekt. Es gelang aber, insbesondere unsere Kenntnisse im Bereich Finanzdienstleistungen und Beschaffung für die Handelsarbeit fruchtbar zu machen. Vor allem im Rahmen der TTIP arbeitet WEED als einzige Organisation in Deutschland zu diesen beiden Themen und beleuchtet auch die umstrittenen Investor-Staat-Schiedsverfahren im Hinblick auf die Risiken für Finanzmarktregulierung und Maßnahmen in Finanzkrisen. Denn die Abkommen könnten es deutlich schwieriger machen, Finanzmärkte zu regulieren und Rettungsmaßnahmen zu ergreifen. Ähnliches könnte durch TiSA geschehen. Das ist einer von vielen Gründen, dass diese Abkommen nicht abgeschlossen werden sollten.

WEED ist, speziell TTIP betreffend, von Anfang an Mitglied des Bündnis „TTIP unfairhandelbar“ und ist auch auf EU-Ebene und mit US-Kolleginnen und –Kollegen eng vernetzt.

Über die Kritik an den Abkommen hinaus ist WEED auch weiter aktiv, Alternativen in der Handelspolitik voranzubringen. Dazu wurde 2013 das „Alternative Trade Mandate“ veröffentlicht, an dessen Entstehung WEED mitgewirkt hatte.

**Verantwortlich:** Markus Henn

## 4. Nachhaltige Produktion und öffentliche Beschaffung

### 4.1. „Berlin be fair 2013. Projekt zur Förderung des öko-fairen Einkaufs in Berlin“

Das Projekt „Berlin be fair“ hat in seiner dreijährigen Projektphase die drei Aspekte: nachhaltige Beschaffung als Thema in die Öffentlichkeit zu bringen, die Umsetzung des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz kritisch zu begleiten und Beschaffungsstellen in der Umsetzung öko-fairer Beschaffung zu beraten und zu unterstützen gut ausfüllen können.

Dennoch zeigt die Praxis, dass die nachhaltige Verankerung ökologischer und sozialer Kriterien in Ausschreibungen Durchhaltevermögen braucht. Mangelnde politische und finanzielle Unterstützung wirken in Berlin einer effektiven Umsetzung öko-fairer Beschaffung häufig entgegen. Unsere kontinuierlichen Kontakte mit EinkäuferInnen in Berlin zeigen zudem, dass Beschaffungsverantwortliche aus verschiedenen Gründen (Zeit, personelle Kapazitäten, Know-how, Budget) mit den gesetzlichen Anforderungen oft überfordert sind und Hilfestellungen sowie praktische Informationen brauchen. Hier setzen wir mit unserer kontinuierlichen Sensibilisierungsarbeit und dem fortgesetzten Angebot konkreter rechtlicher wie praktischer Hilfestellungen an. Ein wichtiger Baustein hierzu ist die an der Verwaltungsakademie im Jahr 2013 zum zweiten Male durchgeführte Schulung „Faire Beschaffung“.

Mit dem am 22. Oktober 2013 im Abgeordnetenhaus Berlin von WEED durchgeführten Fachgespräch „Öffentlichen Einkauf in Berlin verantwortungsvoll umsetzen“ ist es uns gelungen, die politische Diskussion zu sozial verantwortlicher und umweltverträglicher Beschaffung wieder anzustoßen. Vertreter/-innen aus anderen Bundesländern, Beschaffer/-innen, Berliner Abgeordnete und NGO-Vertreter/-innen diskutierten gemeinsam die Frage, wie öffentlicher Einkauf in Berlin unter Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien gelingen kann. Das mit ca. 45 Personen gut besuchte Fachgespräch zeigte das hohe Interesse an dem Thema und die Teilnehmenden äußerten den Wunsch, den in Gang gebrachten Austausch zwischen den Akteuren öffentlicher Beschaffung fortzuführen.

Wir werden auch im kommenden Jahr im Rahmen des Nachfolgeprojekt „Berlin be fair 2014“ mit unserer Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit die nachhaltige öffentliche Beschaffung in Berlin und bundesweit fördern.

### Veranstaltungen / Aktionen (mit Partnern)

- Podiumsfachgespräch: Öffentlichen Einkauf in Berlin verantwortungsvoll umsetzen, 22.10.13
- Multimedia-Ausstellung auf dem Heldenmarkt in Berlin, 16./17.11.13
- Multimedia-Ausstellung von LANDMARK in Pankow, 13.12.13 – 16.01.14
- Workshop: Nachhaltige IT-Beschaffung – für Umweltschutz und Menschenrechte, 31.10.13
- Fachkonferenz zu sozialverträglicher Beschaffung von IT-Hardware, 13.06.13
- Vortrag zu sozial gerechtem IT-Einkauf, 04.06.13

### Größere Publikationen und Artikel

- Infoblatt: Berliner Vergabegesetz und Leitfäden zu nachhaltiger Beschaffung
- Artikel: Sozial-ökologische Beschaffung von Computer & Co
- Fallstudie: Arbeitsbedingungen bei vier Dell-Zulieferern in China
- Kurzfilm: IT-ArbeiterInnen zahlen immer noch den Preis für billige Computer
- Positionspapier: Für eine demokratische und global gerechte Rohstoffpolitik

### 4.2 EU-Projekt LANDMARK

Das EU-Projekt LANDMARK zur Förderung öko-fairer Beschaffung wurde fortgesetzt. Städte, Gemeindeverwaltungen und Expertenorganisation aus drei verschiedenen Ländern (Deutschland, Spanien, Portugal) erarbeiten in diesem dreijährigen Projekt (April 2011 bis März 2014) gemeinsam Kontrollmechanismen zur Einhaltung sozialer Kriterien in der Beschaffung. Mehrsprachige Trainingsprogramme und -materialien sollen das Bewusstsein für sozial verantwortliche Beschaffung fördern und Kompetenzen erweitern.

Im Jahr 2013 stand für WEED die Begleitung der beteiligten Kommunen bei deren sozial verantwortlichen Ausschreibungen im Zentrum. Die Ergebnisse werden demnächst auf der LANDMARK-Website und in einer Publikation veröffentlicht. Darüber hinaus hat WEED die LANDMARK Multimedia-Ausstellung zu Produktionsbedingungen von Lebensmitteln, Textilien, Natursteinen und Elektronikprodukten in Berlin betreut und war Mitveranstalter einer großen Fachkonferenz zu sozialverträglicher Beschaffung von IT-Hardware.

### 4.3 EU-Projekt Electronics Watch

2013 war auch der Startschuss für ein neues EU-Projekt, an dem WEED zusammen mit 6 weiteren

europäischen NGOs beteiligt ist. Ziel ist der Aufbau einer unabhängigen Monitoring-Organisation zur Überprüfung der Arbeitsbedingungen in der globalen Elektronikindustrie. Hierzu soll die beachtliche Kaufkraft der öffentlichen Hand genutzt werden. Electronics Watch lehnt sich dabei eng an das für den Bekleidungssektor bewährte Modell des Worker Rights Consortium aus den USA an. WEEDs Schwerpunkte im ersten Jahr dieses Projekts waren neben der Suche nach möglichen Kooperationspartnern in den produzierenden Ländern auch grundlegende Recherchen.

#### 4.4 Nachhaltige IT-Beschaffung in NRW

Am 1. Mai 2012 ist das Tariftreue- und Vergabegesetz in Nordrhein-Westfalen in Kraft getreten. Es verpflichtet die Beschaffungsverantwortlichen in NRW, Umwelt- und Sozialstandards zu beachten. Im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern hat NRW den Anwendungsbereich des Vergabegesetzes nicht eingeschränkt, sodass das Gesetz auch für bekanntermaßen „schwierige“ Produktgruppen wie die Informations- und Kommunikationstechnologie anwendbar ist. Dies hat WEED zum Anlass genommen, ein Bildungs- und Beratungsprojekt zur Förderung des sozial verantwortlichen und umweltverträglichen Einkaufs von IT-Produkten in NRW (Mitte 2013 bis Ende 2015) in Angriff zu nehmen.

#### 4.5 Netzwerk- und Advocacy-Arbeit

WEED ist auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene breit vernetzt und wird oft wegen seiner Expertise für Workshops und Vorträge angefragt. WEED kooperierte auch 2013 wieder mit einer Vielzahl an Organisationen und entwicklungspolitischen Netzwerken, wie dem Berliner FAIRgäbe-Bündnis, dem CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung, der agl Nord, dem Arbeitskreis Rohstoffe und Good Electronics Network und ist im ständigen Austausch mit Beschaffungsbehörden und entwicklungspolitischen NGOs aus diversen Bundesländern (z. B. Brandenburg, Bremen, NRW, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hamburg, Schleswig-Holstein), der Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung auf Bundesebene und mit Vergabestellen und NROs aus anderen europäischen Ländern.

**Verantwortlich:** Annelie Evermann, Juliane Kühnrich

## 5. Netzwerke und Bündnisse

Ein Grundelement des Selbstverständnisses von WEED ist Vernetzung in Netzwerken und Bündnissen. Neben den unten aufgeführten formellen Strukturen gab es viele weitere Kooperationen.

### Attac

WEED – als Attac-Mitgründer – arbeitet auch heute noch in Attac-Zusammenhängen, u.a. im wissenschaftlichen Beirat und in der bundesweiten AG Finanzmärkte & Steuern.

### Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag

Der Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER) ist das Netzwerk entwicklungspolitischer Initiativen und Vereine in Berlin. Der BER dient der gemeinsamen Koordination nach innen und zentralen Interessenvertretung nach außen.

### CorA - Corporate Accountability: Netzwerk für Unternehmensverantwortung

Corporate Accountability wird als Gegenbegriff zu freiwilliger Unternehmensverantwortung oder „Corporate Social Responsibility“ genutzt. WEED hat CorA mitgegründet und ist in der AG Öffentliche Beschaffung aktiv.

### Erlassjahr

Schon lange ist WEED beim Netzwerk Erlassjahr, das sich für einen gerechten Schuldenerlass sowie strukturelle Veränderungen der internationalen Gläubiger-Schuldner-Beziehungen einsetzt.

### EURODAD

Eurodad ist das europäische Netzwerk zu Schulden und Entwicklung, in dem WEED schon lange mitwirkt, 2013 vor allem zu Steuerflucht.

### Finance Watch

WEED hat Finance Watch (FW) 2011 mitgegründet und bringt sich aktiv als Mitglied ein. Es soll in Brüssel die Finanzpolitik beobachten und dazu Informations- und Lobbyarbeit leisten.

### Netzwerk Steuergerechtigkeit

Das Netzwerk hat sich 2013 neu aufgestellt und jetzt klare Mitgliedschaften etabliert. WEED übernahm die Koordination. Das Netzwerk ist Teil der neuen „Global Alliance for Tax Justice“.

### Seattle to Brussels Network (S2B)

Dieses Netzwerk bringt die in der EU zu Handels- und Investitionspolitik Aktiven zusammen. WEED ist seit Beginn Mitglied.

## 6. Finanzen

### 6.1 Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

<b>AKTIVA</b>	<b>EUR</b>
<b>Anlagevermögen</b>	
Sachanlagen	
BGA / geringwertige Wirtschaftsgüter	8.763,59
Finanzanlagen	
Geschäftsanteile GLS Bank	500,00
<b>Umlaufvermögen</b>	
Forderungen	
gegenüber Zuschussgebern	16.500,11
Kautionen	1.500,00
Kassen- u. Bankguthaben	143.987,36
<b>SUMME</b>	<b>171.251,06</b>
<b>PASSIVA</b>	
<b>Eigenkapital</b>	
Gesetzliche Rücklagen	
Freie Rücklage	6.960,58
Betriebsmittelrücklagen	50.804,18
Jahresfehlbetrag	-41,63
<b>Rückstellungen</b>	
sonstige Rückstellungen	4.783,80
<b>Verbindlichkeiten</b>	
Aus Lieferungen/Leistungen	13.486,00
Sonstige Verbindlichkeiten	911,18
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	
Passive Rechnungsabgrenzung	94.346,95
<b>SUMME</b>	<b>171.251,06</b>

<b>EINNAHMEN</b>	<b>EUR</b>
Mitgliedsbeiträge	23.676,40
Spenden	4.865,00
Zuschüsse/Projekteinnahmen	217.916,24
Erlöse Vermögensverwaltung	133,67
Erlöse Zweckbetrieb	18.087,20
Sonstige betriebliche Erträge	3.380,21
Zinserträge	447,56
<b>SUMME</b>	<b>268.506,28</b>
<b>AUSGABEN</b>	
Personalaufwand	159.126,08
Abschreibungen auf Sachanlagen / GWG	2.733,18
Projektaufwendungen	74.162,16
Forderungsverluste	2.915,38
Aufwendungen Vermögensverwaltung	2,65
Betriebliche Aufwendungen	29.608,46
<b>SUMME</b>	<b>268.547,91</b>
<b>JAHRESFEHLBETRAG</b>	<b>41,63</b>

### 6.2 Einnahmeanteile nach Quelle

	<b>EUR</b>	<b>%</b>
Zuschüsse/Projekteinnahmen		
FORD Foundation	120.043,12	45
Europäische Union (EuropeAid)	51.308,61	19
Landesstelle für EZ (Berlin)	28.814,37	11
Stiftung Umwelt & Entwicklung NRW	17.360,14	6
Mitgliedsbeiträge / allg. Spenden	28.531,40	11
Zweckbetrieb	18.087,20	7
Sonstige Erträge	3.913,88	1
Zinsen	447,56	0
<b>Gesamt</b>	<b>268.506,28</b>	<b>100</b>

## 7. Mitgliederentwicklung

	2009	2010	2011	2012	2013
<b>Eintritte</b>	11	15	16	7	7
<b>Austritte</b>	26	31	14	20	15
<b>Mitgliederstand 31.12.</b>	287	271	273	260	252

## 8. Vorstand und Mitarbeiter/innen

### Vorsitzender:

**Peter Wahl**, M.A. Gesellschaftswissenschaften und Romanistik, Arbeitsbereiche: Internationales Finanzsystem

### Schatzmeisterin:

**Doris Peschke**, Theologin, Arbeitsbereiche: Verschuldung, wirtschaftliche Entwicklung Afrikas (v.a. südliches Afrika)

### Mitarbeiter/innen

**Annelie Evermann**, Juristin und Sprachwissenschaftlerin, Arbeitsbereich: Nachhaltige Produktion und öffentliche Beschaffung

**Markus Henn**, Politikwissenschaftler, Arbeitsbereiche: Internationales Finanzsystem und Steuern

**Juliane Kühnrich**, Politikwissenschaftlerin, Arbeitsbereich: Nachhaltige Produktion und öffentliche Beschaffung (ab März)

### Beisitzer/innen:

**Suleika Reiners**, Politologin, Arbeitsbereiche: Finanzmärkte

**Hildegard Scheu**, Dr., Diplom-Psychologin und Politikwissenschaftlerin: Arbeitsbereiche: Entwicklungszusammenarbeit

**Daniela Setton**, Diplom-Politologin, Arbeitsbereiche: Klima und Energiepolitik

**Markus Krajewski**, Prof. Dr., Arbeitsbereiche: WTO (vor allem GATS und Institutionen), EU-Handelspolitik, Daseinsvorsorge in Europa, UNO-Recht

**Isabel Lipke**, Dipl. Kauffrau, Arbeitsbereiche: Sekretariat, Mitgliederverwaltung, Finanz- und Lohnbuchhaltung (bis Juni)

**Jörn-Uwe-Schulz**, Dipl. Ing. agr., Buchführungsfachkraft, Arbeitsbereiche: Sekretariat, Mitgliederverwaltung, Finanz- und Lohnbuchhaltung (ab Juni)

**Peter Wahl**, M.A. Gesellschaftswissenschaften und Romanistik, Arbeitsbereiche: Internationales Finanzsystem

